



DER STAND UM JEFTA

Das Handelsabkommen der EU mit Japan (JEFTA) wurde seit 2013 verhandelt und im Juli 2018 unterzeichnet. **Um in Kraft zu treten, muss nur noch das Europäische Parlament zustimmen**; die Abstimmung soll noch 2018 stattfinden. Ursprünglich war JEFTA als „gemischtes“ Abkommen geplant, im Laufe der Verhandlungen wurde jedoch der Investitionsschutz abgetrennt und es gilt nun als „EU-only“-Abkommen. Eine Ratifizierung durch die Parlamente der EU-Mitgliedstaaten ist daher nicht nötig, in Deutschland bleiben Bundestag und Bundesrat außen vor. Selbst eine Debatte im Bundestag war nicht vorgesehen und konnte nur durch Anträge der Opposition auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Dieses Verfahren sowie die problematischen Inhalte von JEFTA zeigen, dass EU-Kommission und Bundesregierung wenig gelernt haben aus den breiten Protesten gegen TTIP und CETA. Dabei ist Japan die viertgrößte Wirtschaftsmacht der Welt und deckt gemeinsam mit der EU ein Drittel der gesamten Weltwirtschaft ab.

Das Europäische Parlament kann JEFTA nun nur als Ganzes annehmen oder ablehnen, nicht jedoch verändern. **Daher fordern wir alle Abgeordneten des EU-Parlaments dazu auf, JEFTA nicht zuzustimmen.**

V.i.S.d.P.: Jürgen Maier, Forum Umwelt und Entwicklung, Marienstraße 19/20, 10117 Berlin

Das Netzwerk Gerechter Welthandel ist im April 2017 aus dem Zusammenschluss des zivilgesellschaftlichen Bündnisses „TTIP unfairHandelbar“ mit dem Trägerkreis der bundesweiten Großdemonstrationen „CETA & TTIP STOPPEN! Für einen gerechten Welthandel!“ entstanden.

Zu den ca. **60 Mitgliedsorganisationen** gehören unter anderem Attac, der BUND, Campact, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), der Deutsche Kulturrat, Greenpeace, Mehr Demokratie und die Naturfreunde Deutschlands.

Wir setzen uns für eine global gerechte und solidarische Handels- und Investitionspolitik ein, die auf hohen ökologischen und sozialen Standards beruht und nachhaltige Entwicklung in allen Ländern fördert.

Unser Forderungskatalog:
download unter bit.ly/2KPnRyH

Gemeinsam mit zahlreichen lokalen Initiativen und Bündnissen fordern wir, das Handelsabkommen der EU mit Japan, JEFTA, in dieser Form nicht zu ratifizieren!

Wir fordern alle Abgeordneten des EU-Parlaments dazu auf, bei der bevorstehenden JEFTA-Abstimmung nicht zuzustimmen.

Weitere Informationen:
www.gerechter-welthandel.org

JEFTA NICHT RATIFIZIEREN!

5 GRÜNDE GEGEN DAS EU-JAPAN-ABKOMMEN

NETZWERK
Gerechter
Welthandel

5 Gründe gegen JEFTA

1. Gefährdung der öffentlichen Daseinsvorsorge

Mit JEFTA geraten öffentliche Dienstleistungen unter Liberalisierungsdruck, denn das Abkommen enthält eine **Negativliste** für die Liberalisierung von Dienstleistungen. Das heißt: Was dort nicht auftaucht, ist automatisch für den freien Markt geöffnet. Unter anderem sind **Wasser- und Abwasserversorgung durch JEFTA unzureichend geschützt**. Zudem fehlt im JEFTA – anders als im Abkommen mit Kanada, CETA – eine Klarstellung, dass Wasser keine übliche Handelsware ist. **Statt die öffentliche Wasser- und Abwasserversorgung zu sichern oder zu stärken, wird diese von Handelsabkommen zu Handelsabkommen somit immer schwächer.**

2. Preisschlacht in der Landwirtschaft

JEFTA sieht eine Streichung fast aller japanischen Einfuhrzölle auf europäische Milch- und Fleischprodukte vor. Dadurch können **EU-Agrarkonzerne ihre Produkte auf dem japanischen Markt noch billiger anbieten**, eine Preisschlacht im Welthandel ist vorprogrammiert. Leidtragende dieser Exportorientierung ist die kleinbäuerliche Landwirtschaft in Japan, die hierdurch nachhaltig gefährdet ist.

3. Handel geht vor Nachhaltigkeit

Das JEFTA-Nachhaltigkeitskapitel erwähnt zwar das Pariser Klimaabkommen und den Klimaschutz, macht jedoch keine verbindlichen Vorgaben. **Klima- und Umweltschutzmaßnahmen sind zudem nur zulässig, wenn dadurch der Handel nicht eingeschränkt** oder der Vertragspartner nicht diskriminiert würde. Dabei basiert die Energieversorgung in Japan auf klimaschädlichen fossilen Brennstoffen wie Öl und Kohle, anstatt Wind-, Sonnen- und andere erneuerbare Energien ausreichend auszubauen. Dadurch wird die Klimakrise verschärft.

Japan ist einer der weltweit größten Holzimporteure und der größte Abnehmer von illegal geschlagenem Holz, das unter anderem aus Urwäldern in Europa stammt. **JEFTA könnte das illegale Abholzen in Brasilien, Malaysia, China und Indonesien verschlimmern**. Dennoch enthält das Abkommen keinerlei Vorgaben zum Holzhandel.

Konkrete Verpflichtungen fehlen auch in Bezug auf Arbeitnehmer*innenrechte – und das, obwohl Japan **zwei der acht ILO Kernarbeitsnormen nicht ratifiziert** hat.

4. Regulatorische Kooperation bedroht die Demokratie

Wie CETA und TTIP sieht auch JEFTA die Schaffung von Regulatorisausschüssen vor, um beispielsweise Standards anzugleichen. **Diese regulatorische Kooperation verlagert politische Entscheidungen in undurchsichtige Expertengremien**, an denen oftmals Lobbyist*innen mit am Tisch sitzen. Das kann die Spielräume demokratischer Politik massiv einschränken – denn dort könnten politische Projekte schon gestoppt werden, bevor die Öffentlichkeit davon erfährt. Zudem erhalten diese Gremien weitreichende Rechte, das Abkommen nach Abschluss noch zu verändern.

5. Sonderklagerechte für Konzerne!?

Da die EU und Japan bei den umstrittenen Schiedsgerichten keine schnelle Einigung erzielen konnten, wurden sie aus JEFTA ausgeklammert. Doch hinter verschlossenen Türen wird weiterverhandelt: **Ein separates Investitionsschutzabkommen soll dafür sorgen, dass die Klagerechte für japanische und europäische Konzerne massiv ausgeweitet werden**. Regierungen müssten dann noch mehr als heute damit rechnen, von ausländischen Investoren auf Entschädigung verklagt zu werden, wenn ihre Gesetze oder Regulierungen – beispielsweise zugunsten des Umwelt- und Verbraucherschutzes – deren Interessen zuwiderlaufen.

